

»Es entstand die Stimmung: Die sind alle korrupt, die müssen alle weg«

Über die gewerkschaftliche Arbeit im letzten Jahrzehnt der DDR, die Beseitigung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1989/90 und die Plünderung des Gewerkschaftsvermögens. Ein Gespräch mit Annelis Kimmel

Interview: Nico Popp

Sie haben 1979 gleichsam von heute auf morgen den Vorsitz des FDGB in Berlin übernommen. Wie kam das?

Eines Tages wurde ich aufgefordert, mal zum Harry Tisch zu kommen. Ich war damals Sekretärin der Parteiorganisation der SED im Glühlampenwerk Narva in Friedrichshain, wo ich mich sehr wohlfühlte. Ich rätselte, was der FDGB-Chef mit mir bereden wollte. Als ich bei ihm eintraf, saß da auch Konrad Naumann, der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin. Beide eröffneten mir ohne Umschweife, sie seien der Ansicht, dass ich die geeignete Kandidatin für den vakanten Vorsitz des FDGB in der Hauptstadt sei. Als ich widersprach, hieß es, das wirst du schon schaffen. Und außerdem sei das schon so beschlossen. Das war damals die Kaderpolitik. Gewählt wurde hinterher.

Warum hielten die beiden Sie für geeignet?

Ich war Ingenieurin, hatte jahrelang politisch in wichtigen Berliner Betrieben gearbeitet, kannte die Probleme der Belegschaften. Das gab vermutlich den Ausschlag. Ich war natürlich aktives Gewerkschaftsmitglied, hatte aber bis dahin nur in der FDJ und in der SED in hauptamtlichen Funktionen Erfahrung gesammelt. Und nun sollte ich den Berliner FDGB mit 800.000 Mitgliedern führen.

Das klappte dann aber?

Weil ich viel Unterstützung hatte. Besonders Hans Jendretzky, damals schon über 80 und einer der Gründer des FDGB, hat mir sehr geholfen. Mädels, pass mal auf, ich erkläre dir, wie Gewerkschaft geht – das waren seine Worte. Mein Stellvertreter war Erich Röder, auch ein erfahrener Gewerkschaftsmann.

Wie war die Führungsarbeit organisiert?

Es gab einen Bezirksvorstand, der aber mit seinen rund 80 Mitgliedern nur in größeren Abständen zusammentrat. Die sehr intensive Arbeit von Tag zu Tag

erledigte das Sekretariat, dessen acht Mitglieder mit ihren Mitarbeitern für die verschiedenen, breit gefächerten Arbeitsbereiche des FDGB verantwortlich waren.

Da wurden nicht einfach Beschlüsse der Partei durchgestellt?

Nein. Der FDGB war eine Massenorganisation mit neun Millionen Mitgliedern, in der ständig diskutiert und auch gestritten wurde. Die Betriebskollektivverträge zum Beispiel wurden nicht einfach verkündet, sondern mit den Belegschaften durchgesprochen. Da gab es regelmäßig sehr offene Aussprachen. Auch in den Versammlungen der Vertrauensleute war das so. Die Arbeiter haben lebhaft von sich aus auf Probleme hingewiesen und auf Lösungen gedrängt.

Was waren das in den 80er Jahren für Probleme?

Es gab viele Baustellen. Wir haben zum Beispiel das Bildungsministerium jahrelang ohne Erfolg darauf hingewiesen, dass es die Versorgung mit Plätzen in den Ferienheimen des FDGB sehr erleichtern würde, wenn die Ferien nicht in der ganzen Republik gleichzeitig beginnen und enden. Viele Arbeiter hinterfragten mehr und mehr die Preispolitik – vieles wurde als »zu billig« empfunden, angefangen beim Brot. Eingefordert wurde auch die Beachtung des Leistungsprinzips bei der Lohngestaltung. Aber auf die am Ende der Plandiskussionen verfassten Berichte an zentrale Stellen wurde häufig nur noch vage geantwortet. Dass Pläne nicht erfüllt werden konnten, weil Zulieferungen nicht kamen oder technische Mittel fehlten, war auch ein Dauerthema. Oder die Verpflegung in den Betrieben, bei der es immer wieder Ausreißer nach unten gab. Einmal wurde ich in eine Nachtschicht des Kabelwerks Oberspree gerufen, weil das Essen ungenießbar war. Die Anlaufstelle für alle Anliegen der Belegschaften war der FDGB.

War das Nahverhältnis zur SED hier hilfreich?

Hier hing auf allen Ebenen viel von den führenden Leuten ab. Als Berliner Vorsitzende gehörte ich dem Sekretariat der SED-Bezirksleitung an. Bei Naumann hatte der FDGB Gewicht, mit ihm konnte man über alles reden. Als er 1985 gehen musste und Günter Schabowski an seine Stelle trat, liefen die Dinge merklich anders. Mit Schabowski hatte ich einige Zusammenstöße. Sein Interesse an der gewerkschaftlichen Arbeit war nicht groß. Das war etwas überraschend, weil er ja lange bei der *Tribüne* (Zeitung des FDGB, jW) in der Chefredaktion gesessen hatte.

Hatten Sie irgendwann den Eindruck, dass sich eine politische Krise anbahnt?

Dass wir in so eine Katastrophe hineinlaufen, habe ich noch im Frühjahr 1989 nicht für möglich gehalten. Mir fiel schon auf, dass vor allem junge Leute in den Jahren zuvor stärker unter den Einfluss westlicher Medien geraten und schwerer für ein Engagement in der Gewerkschaft zu gewinnen waren. Es wurden häufiger Funktionen und auch Qualifikationsmöglichkeiten abgelehnt, wenn das mit einer vorübergehenden Verringerung des Einkommens oder weniger Freizeit verbunden war. Als dann im Sommer 1989 die Ausreisewelle zum Thema wurde, war zunächst nur die Lage bei der Gewerkschaft Kunst

kritisch. Dort hatte sich eine merkliche Westorientierung herausgebildet. In der zweiten Hälfte der 80er hatte ich übrigens mit britischen Gewerkschaftern vereinbart, dass junge Gewerkschafter aus Berlin London besuchen. Die besahen sich das Elend dort und kamen regelrecht entgeistert zurück. Andere, die das nie mit eigenen Augen gesehen hatten, wollten uns am Ende nicht mehr glauben, was Kapitalismus bedeutet.

Die Dinge kamen dann im FDGB sehr schnell ins Rutschen. Harry Tisch musste schon Anfang November 1989 zurücktreten.

Im Oktober wurde deutlich, dass sich sehr viel aufgestaut hatte. Formalismus und Arroganz mancher Leitungen hatten zu einer offenkundig unterschätzten Frustration in den Betrieben geführt. Gerade auch bei Gewerkschaftsfunktionären dort. Und der Harry hat, als er versuchte, den FDGB zu profilieren, so unglücklich agiert – bei dem Werftbesuch in Boizenburg oder bei dem Auftritt in dieser Fernsehsendung –, dass sich diese Stimmung entlud, und zwar gegen ihn. Das hat ihn sehr getroffen. Er hat dann nur die Frage gestellt, soll ich zurücktreten oder nicht. Ich habe ihm gesagt, dass das nicht die wesentliche Frage ist. Wir müssten die Lage realistisch einschätzen und danach handeln. Die Rückmeldungen aus den Bezirken waren dann so, dass wir sagten: Rücktritt. Da war diese Sache mit seinem Jagdhaus noch gar nicht bekannt, die uns wenig später um die Ohren gehauen wurde. Anfang November ging das aber schon los mit den Vorwürfen in der Presse auf der Linie Geldverschwendung, Korruption, Amtsmissbrauch.

Zur Nachfolgerin von Tisch hat der Bundesvorstand am 2. November 1989 Sie gewählt. Welchen Handlungsspielraum hatten Sie in den wenigen Wochen Ihrer Amtszeit?

Keinen großen. Wir wurden schnell in die Defensive gedrängt und waren gezwungen, uns in erster Linie mit den auf uns einprasselnden Vorwürfen zu beschäftigen. Es trat eine Lähmung der Gesamtorganisation ein. Es gab Austritte, manche Mitglieder stellten ihre Beitragszahlungen ein. Auch in den Bezirks- und Kreisvorständen ging es drunter und drüber. Wir haben dennoch versucht, eine neue Satzung auszuarbeiten und vor allem das Verhältnis zur Basis zu verbessern. Ich bin am 3. November gleich zur Frühschicht in das Glühlampenwerk gegangen, um mit den Arbeitern zu reden. Die Klagen dort betrafen in erster Linie Fragen der Arbeitsorganisation und der technischen Ausstattung. Es gab keine antisozialistische Stimmung.

Vier Wochen später sah das anders aus.

In diesen Wochen rollte diese Kampagne ab. Auch innerhalb des FDGB kam eine Dynamik in Gang, die zur Niederlage der Kräfte führte, die den FDGB und eine sozialistische DDR erhalten wollten. Im November hatten wir beschlossen, dass an die Stelle des bisherigen Präsidiums und Sekretariats des Bundesvorstandes ein Arbeitssekretariat tritt und Ende Januar 1990 ein außerordentlicher Kongress stattfindet. Daraufhin verstärkten sich schlagartig die Aktivitäten der Kräfte – ich nenne sie Liquidatoren –, die auf Biegen und Brechen noch vor diesem Kongress den Apparat unter ihre Kontrolle bringen wollten. In der Rückschau erkennt man das sehr deutlich.

Es scheint, als ob sich diese Richtung gar nicht besonders anstrengen musste, um den FDGB in die Hand zu bekommen.

Der Punkt, an dem die Sache endgültig kippte, war die 12. Tagung des Bundesvorstandes am 9. Dezember. Zu der waren neben den rund 200 Mitgliedern des Vorstandes auch viele Funktionäre aus den Bezirken erschienen. Da hat sich irgendwann jemand von draußen, meiner Erinnerung nach der stellvertretende Vorsitzende der BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung, jW) eines Berliner Betriebs, das Mikrofon geschnappt und gesagt, so, es stehen 100 Mann vor der Tür, und wenn ihr jetzt nicht alle auf der Stelle zurücktretet, stürmen die das Gebäude. Das war eine richtige Drohung. Das endete dann tatsächlich mit dem Rücktritt des gesamten Vorstandes, auch wenn einige seiner Mitglieder fragten, warum sie eigentlich zurücktreten sollen.

Es hätte doch auch jemand sagen können: »Wir sind der gewählte Vorstand und bleiben hier.« Zumal da keine Massen vor der Tür standen, sondern 100 Leute. Und selbst das war vermutlich noch eine Übertreibung.

Diese ständigen Rückzüge waren ein schwerer Fehler. In der Partei waren Zentralkomitee und Politbüro am 3. Dezember zurückgetreten. Das war wie ein Sog. Vieles, was damals geschah, ist heute schwer nachvollziehbar. Dass das in so einem Tempo passierte, lag zu einem großen Teil an dieser wie nach einem Drehbuch abrollenden Korruptions- und Amtsmissbrauchskampagne. Da wurde auch gar nicht politisch argumentiert. Es ging darum, eine Stimmung zu erzeugen: Die sind alle korrupt, die müssen alle weg. Bald nach meiner Wahl zur Vorsitzenden hat mein Fahrer zu mir gesagt, er habe erfahren, dass ich zwei Villen und zwei Yachten besitze. Das wurde systematisch verbreitet. Er wusste, dass das Quatsch ist. Tausende haben solche Verleumdungen aber geglaubt. Und so kam dieser Druck auf die Vorstände zustande. Das hatte regelrechte Tragödien zur Folge. Ich erinnere nur an den Suizid von Johanna Töpfer.

Auch von der Justiz kam Druck auf den FDGB bzw. einzelne Funktionäre.

Da müsste auch einmal geklärt werden, wer das gedeckt hat. Es reichten damals unbelegte und nachweislich falsche Verdächtigungen, um die Staatsanwaltschaft in Marsch zu setzen. Einmal, das muss Anfang Dezember gewesen sein, klingelte bei mir in Adlershof in der Nacht das Telefon. Ich solle sofort zum Sitz des Bundesvorstandes an der Jannowitzbrücke kommen, Polizei und Staatsanwalt seien da. Ich eilte los, und dort sagten die mir, sie hätten die Information erhalten, dass bei uns der Reißwolf »glüht«, also Akten vernichtet werden. Ich bin dann mit ihnen durch das Haus gelaufen und sie haben sich davon überzeugt, dass da nichts glühte. Dann sind sie wieder abgezogen. Das waren natürlich Aktionen, die zur Verunsicherung beitrugen.

Wann wurde Ihnen klar, dass innerhalb des FDGB nicht mehr alle Funktionäre an einem Strang zogen?

Schnell. Es gab schon im November eine Strömung, die in dieser Krisenlage eine Auseinandersetzung um die Beiträge und das Vermögen lostrat. Darüber haben wir nächtelang diskutiert. Der FDGB war eine Einheitsgewerkschaft. Die

Hoheit über die Finanzen lag beim Bund und nicht bei den Industriegewerkschaften – auch wenn es nicht stimmt, dass alles an den Vorstand ging. Mindestens ein Drittel der Beiträge verblieb auf der Ebene der Betriebe. Nun kam die Forderung, dass die Industriegewerkschaften über die Beiträge verfügen sollten. Dann tauchten Leute auf, die fanden, es müsse jetzt Betriebsräte wie in der Bundesrepublik geben und die Betriebsgewerkschaftsleitungen müssten weg. Das war absurd, weil unsere Leitungen eine viel stärkere Stellung im Betrieb hatten als die BRD-Betriebsräte. Aber das zielte schon darauf, die Handlungsfähigkeit des FDGB zu untergraben.

Wann wurde eine politische Flügelbildung sichtbar?

Etwa Anfang Dezember. Da trat eine Richtung hervor, die sich programmatisch vom Sozialismus lösen wollte. Mir wurde am 4. Dezember von einer kleinen Gruppe – darunter ein Schauspieler und der BGL-Chef des VEB Elektrokohle, der eine wichtige Rolle bei der Liquidierung des FDGB gespielt hat – ein Papier vorgelegt, in dem niedergelegt war, wie es aus der Sicht der Verfasser mit den Gewerkschaften weitergehen sollte. Darin war diese Absetzbewegung deutlich zu erkennen. Denen habe ich gesagt, bitte, stellt das zur Diskussion, aber mit mir ist das nicht zu machen. Am 6. Dezember hat dieser BGL-Vorsitzende im Arbeitssekretariat meinen Rücktritt gefordert. Als am 9. Dezember dann der gesamte Vorstand zurückgetreten war, bildete sich ein sogenanntes Vorbereitungskomitee des außerordentlichen Kongresses, in dem bereits die Liquidatoren den Ton angaben. Deren Botschaft war zunächst: Der FDGB soll nur noch ein Dachverband mit kleinem Apparat sein, finanziert durch Zuwendungen der Industriegewerkschaften, die selbständig arbeiten.

Das war aber nicht die Endstation.

Selbst diese Zahlungen erfolgten dann nicht. Der Dachverband sollte auch weg. Die Einzelgewerkschaften bildeten einen Sprecherrat. Dort wurde, bevor das legitimierte Vertreter der Mitglieder so beschlossen hatten, im Mai auch schon festgelegt, dass der FDGB bis Ende September aufgelöst werden soll. Und so kam es auch. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass hier DGB-Berater die Strippen zogen. Die richteten rasch eine Verbindungsstelle ein. Die Mitarbeiter des Bundesvorstandes wurden entlassen, auch die Gewerkschaftshochschule in Bernau wurde mit auffallender Eile abgewickelt. Alle Strukturen des FDGB wurden in den letzten Monaten der DDR abgeräumt. Da drückte jemand mächtig aufs Tempo.

Was wurde aus dem Vermögen des FDGB?

Das ist ein Kapitel für sich. Wir haben in den 90er Jahren versucht, ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Im Dezember 1989 lag das Geld- und Immobilienvermögen des FDGB im einstelligen Milliardenbereich. Darunter waren alte und neue Gewerkschaftshäuser in bester Lage, Gästehäuser, Ferien- und Erholungsheime. Die Kontrolle über dieses Vermögen – also das Vermögen der ehemaligen Mitglieder des FDGB – rissen die sogenannte Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen und die Treuhand an sich, da es »nicht rechtsstaatlich« erworben worden sei. Auch die Beiträge seien nicht freiwillig gezahlt worden. Der DGB ließ das, sieht man von einigen beanspruchten Immobilien ab,

geschehen. Niemand hat einen genauen Überblick, an wen zu welchen Konditionen zum Beispiel die Gästehäuser und Ferienobjekte gegangen sind. Es gibt Hinweise, dass manche als angeblich »wertlos« für symbolische Beträge verschleudert wurden. Das flüssige Vermögen des FDGB wurde laut einer Treuhand-Auskunft von 1994 unter anderem für »Investitionsförderung« verwendet, also an Unternehmen überwiesen. Das war nach 1933 die zweite große Enteignung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Mit großen und kleinen Profiteuren. Vor ein paar Jahren tauchte eine Picasso-Lithographie, die im Bundesvorstand hing, auf einem Flohmarkt wieder auf. Einer der Abwickler, ein westdeutscher Anwalt, hatte sie mit nach Hause genommen.

Nach 1990 ist nicht mehr viel über den FDGB gesprochen worden.

Diese Abrechnungsstimmung von 89/90 war jedenfalls schnell verflogen. Als Tisch 1995 starb, meldete sich das *Neue Deutschland* bei mir wegen eines Nachrufs. Andere, die ihn länger gekannt hatten als ich, hätten abgelehnt, hieß es. Ich habe den Nachruf geschrieben. Die Rückmeldung aus der Redaktion war, der sei zu positiv ausgefallen. Ich sagte, gut, sucht euch einen anderen. Er wurde dann gedruckt. Und mir ist nicht bekannt, dass Leser hinterher einen kritischeren Ton eingefordert hätten. Im Gegenteil. Die Leute hatten inzwischen ihre Erfahrungen gemacht und wussten die Dinge ins Verhältnis zu setzen.

Sind Sie noch Gewerkschaftsmitglied?

Ich bin weiterhin Mitglied der IG Metall. Aber ohne Illusionen. Ich habe im Elektroapparatewerk Treptow erlebt, wie die DGB-Gewerkschaften der Zerstörung der Betriebe im Osten zugesehen haben. Allein im EAW sind 8.000 Beschäftigte auf die Straße gesetzt worden. 1991 auch ich. In dieser Zeit war ich bei einer Maikundgebung in Berlin. Dort hat ein westdeutscher Gewerkschaftsfunktionär den Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR dazu gratuliert, dass sie jetzt »freie« Gewerkschaften hätten. Da habe ich mich auf dem Absatz umgedreht und bin gegangen.

Zur Person: Annelis Kimmel

Annelis Kimmel wurde am 7. Juli 1934 im niederschlesischen Hausdorf (heute Jugów, Polen) geboren. Vater Bergarbeiter. 1948 Übersiedlung nach Leipzig. FDJ-Jugendhochschule 1953/54. 1966 Maschinenbauingenieurin. Parteihochschule der SED 1973–1976. 1979–1989 Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. 2. November 1989 bis 9. Dezember 1989 Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB. Sie lebt in Berlin.

<https://www.jungewelt.de/artikel/528826.freier-deutscher-gewerkschaftsbundes-entstand-die-stimmung-die-sind-alle-korrupt-die-müssen-alle-weg.html>